

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 2' 90 38/39
Telex: 8.86.846 ppbn d

Inhalt

Dr. Liesel Hartenstein MdB betont das Erfordernis der Umweltaußenpolitik mit Osteuropa: Wallmann hat seine Aufgabe noch nicht völlig begriffen.

Seite 1

Volker Neumann MdB konfrontiert das Berliner Asyl-Verweigerungsurteil gegen Tamilen mit dem Amnesty-International-Report über das Schicksal dieser Menschen: Konsequenzen ziehen.

Seite 3

Karl-Heinz Hiersemann MdL fordert den Freistaat Bayern auf, seine Verantwortung für die Oberpfälzer Stahlwerke wahrzunehmen: Die Max-Hütte darf nicht sterben.

Seite 4

41. Jahrgang / 174

12. September 1986

Umweltaußenpolitik auch mit Osteuropa

Wallmann hat seine Aufgabe noch nicht völlig begriffen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Umweltschutzproblemen in Osteuropa zeichnet ein erschreckendes Bild des Zustandes in unseren östlichen Nachbarländern: Luftverschmutzung durch Braunkohlefeuerung, eine gigantische Abwasserbelastung der Flüsse und ein weitgehend ungelöstes Problem mit gewerblichen industriellen Abfällen kennzeichnen das Bild. Trotz zum Teil hervorragender Umweltschutzgesetze bleibt der Vollzug mangelhaft; die finanziellen und technischen Möglichkeiten sind trotz wachsenden Problembewußtseins oft nicht ausreichend.

Wieder einmal zeigt sich, daß die Probleme der Luft- und Wasserverschmutzung, die Reinhaltung der Weltmeere und der Schutz von bedrohten Tierarten nicht in nationalen Alleingängen zu lösen sind, sondern der abgestimmten internationalen Zusammenarbeit insbesondere in Europa bedürfen. Daß diese Zusammenarbeit erfolgreich sein kann, hat die im März 1974 in Helsinki abgeschlossene Konvention zum Schutze der Ostsee gezeigt, der es gelungen ist, deutliche Verbesserungen im größten Brackwassermeer der Welt zu erreichen, das von sieben hochindustrialisierten Staaten umgeben ist und als wichtige Schifffahrtsstraße dient.

Eine ähnliche internationale Zusammenarbeit wäre auch notwendig, um Forschung, Entwicklung und Anwendung neuer Technologien im Bereich der Luftreinhaltung voranzutreiben. Hier hätte das Eureka-Programm die Chance geboten, zu einer internationalen Kooperation weit über die Europäische Gemeinschaft hinauszukommen. Diese Chance ist von der Bundesregierung verspielt worden: Statt eines internationalen Forschungsprogramms ist Eureka zu einem „Ehreneinrichtungsinstitut für die Großindustrie“

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with 100% recycled paper
Recycling-Paper



verkommen. Die Staaten des Ostblocks bleiben demgemäß ausgeschlossen. Ein einziges Monitoringprogramm für grenzüberschreitende Luftverschmutzung in Westeuropa ist hier einfach zu wenig, um als ökologisches Deckmäntelchen über die Schwächen des Programms hinwegtäuschen zu können. Wer weiß, daß rund 50 Prozent des Schwefeldioxyds, das sich in der Bundesrepublik niederschlägt und Sauren Regen verursacht, aus dem Ausland importiert wird, der kann es nicht mehr verantworten, die seit über einem Jahr bekannten Vorschläge zu einer gesamteuropäischen technologischen Zusammenarbeit zu ignorieren. Luftverschmutzung kümmert sich eben nicht um politische Grenzen, so daß es ohne eine intensive technologische, wirtschaftliche und finanzielle Kooperation mit der CSSR zum Beispiel nicht möglich sein wird, die Luft in Ostbayern entscheidend zu verbessern. Ähnliches gilt für andere Landesteile und andere Nachbarländer.

Wer wie der bundesdeutsche Umweltminister Wallmann die umweltpolitischen Gespräche mit unseren östlichen Nachbarländern vorwiegend als Abwehrschlachten gegen Atomkraftgegner im eigenen Lande betrachtet, der hat seine Aufgabe im internationalen Rahmen noch nicht völlig begriffen.

Das Ziel einer Zusammenarbeit zwischen Ost und West zwischen EG-, RGW- und anderen europäischen Staaten, muß es sein, Spitzentechnologien im Bereich Umweltschutz und Gesundheitswesen zu entwickeln und anzuwenden, um der grenzüberschreitenden Umweltzerstörung rasch Einhalt zu gebieten. Das ist sinnvoller als der Versuch des Mitspielens beim Krieg der Sterne. Eine derartige Kooperation auch im technologischen und wissenschaftlichen Bereich, insbesondere beim Thema Umweltschutz, wie sie schon 1984 in der KSZE-Schlußakte vereinbart, bisher aber nie vollständig realisiert wurde, könnte auch die Entspannungspolitik in Mitteleuropa stärken. Für die fortgeschrittenen Umweltschutztechnologien in der Bundesrepublik Deutschland könnten hier neue Exportmärkte in die am meisten betroffenen Nachbarländer eröffnet werden. Gerade nach den Erfahrungen der diesjährigen Leipziger Messe zeigt sich, daß hier mögliche neue Wachstumfelder liegen, die genutzt werden sollten.

Ein entsprechender Vorschlag, der bereits auf dem Umwelttag in Würzburg diskutiert wurde, fand dort die uneingeschränkte Zustimmung nicht nur von Vertretern der SPD, sondern auch von Vertretern der Gewerkschaften, der Umwelt- und Friedensbewegung sowie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Dem gemeinsamen Plädoyer dieser „Koalition der Vernunft“ sollte sich auch die Bundesregierung nicht entziehen.

Wir brauchen eine Umweltaußenpolitik, die sich nicht in Deklamationen oder peinlichem Kompetenzgerangel verschiedener Ministerien bei Vertragsunterzeichnungen erschöpft.

Das „gemeinsame Haus Europa“, wie es der sowjetischen Parteichef Gorbatschow bezeichnet hat, muß nicht nur durch eine zweite Phase der Entspannungspolitik geschützt werden, es muß auch durch eine internationale Umweltpolitik bewohnbar erhalten werden.

Die in den nächsten Monaten zu erwartenden Waldschadensberichte werden zeigen, wie dringend notwendig ein Handeln in diesem Bereich ist. Das unentschlossene konzeptionslose Herumwursteln der Bundesregierung verschenkt wertvolle Zeit und muß so schnell wie möglich durch eine verantwortungsbewußte Politik ersetzt werden.

(-/12.9.1986/vo-he/rs)

* * *

Das Schicksal der Tamilen

Der jüngste Bericht von Amnesty International provoziert Empörung über
das in Berlin ergangene Asyl-Urteil

Von Volker Neumann MdB

Amnesty International hat in London den jüngsten Jahresbericht über die Menschenrechtssituation in Sri Lanka vorgelegt und dabei bestätigt, was Hunderte von Tamilen, die in der Bundesrepublik um politisches Asyl nachgesucht haben, behauptet haben: Vergewaltigung und Folter, Mord und neuerdings auch das Verschwindenlassen von Personen sind in Sri Lanka in großer Anzahl nachgewiesen. Teilen der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit wird vorgeworfen, im Einverständnis oder mit Duldung der Regierung in Colombo ein brutales Regime gegen die tamilische Minderheit auszuüben.

Nach Angaben von Amnesty International hat die Regierung in Sri Lanka abgelehnt, konkrete Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen. Sie macht sich damit mitschuldig. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß auch tamilische Separatistenbewegungen mit Terrorakten Menschenrechtsverletzungen begehen.

Die tatsächliche Situation der tamilischen Minderheiten, wie sie von Amnesty International geschildert wird, steht in krassem Gegensatz zu der Einschätzung des Bundesverwaltungsgerichtes in Berlin, das erst kürzlich in einer Grundsatzentscheidung eine große Anzahl von Urteilen der Vorinstanzen aufgehoben hat, in denen tamilischen Flüchtlingen aus Sri Lanka in der Bundesrepublik Asyl gewährt wurde. Der „Spiegel“ hat die lange Begründung des Bundesverwaltungsgerichtes in der bürgerkriegsähnlichen Situation in Teilen Sri Lankas treffend in einem Satz zusammengefaßt: Asyl könne deshalb nicht gewährt werden, da „wo gehobelt werde, auch Späne fallen“. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes muß nach der Vorlage des jüngsten Amnesty-Berichtes erneut Empörung und Unverständnis hervorrufen.

Sicher werden unter den tamilischen Flüchtlingen in der Bundesrepublik auch solche sein, die durch Schlepperorganisationen verführt, das Land verlassen haben in der Hoffnung, eine bessere wirtschaftliche Situation in Deutschland vorzufinden. Die größte Anzahl der Flüchtlinge jedoch ist den politisch rassistischen Verfolgungen ausgesetzt, die nicht allein aus der Bürgerkriegssituation im Norden Sri Lankas zu erklären sind. Ein Vergleich zu den Juden im Hitler-Deutschland drängt sich auf.

Das Bundesverwaltungsgericht, aber auch die Vorinstanzen, werden deshalb sehr sorgfältig den Bericht von Amnesty International prüfen müssen. Vielleicht wird dann auch der juristische Streit zwischen den Gerichten beendet, der bei den Tamilen wie bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe zwischen den Verwaltungsgerichten entbrannt ist über die Asylzuteilung. Alle Gerichte sollten deshalb berücksichtigen, daß sie es mit Menschen zu tun haben, die bereit sind, auch ihr Leben zu riskieren, um in Ruhe und menschenwürdig ihr Dasein gestalten zu können. Die abenteuerliche und lebensgefährliche Flucht der 154 Tamilen aus Deutschland, die letztlich mit Rettungsbooten in Kanada gelandet sind, sollte dafür ein Indiz sein.

(-/12.9.1986/vo-he/rs)

* * *



Die Maxhütte retten

Der Freistaat Bayern darf sich nicht um die Verantwortung für die Oberpfälzer Stahlwerke drücken

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
Spitzenkandidat der bayerischen SPD

Statt auf dem Rücken der Arbeitnehmer der Maxhütte in der Oberpfalz zu taktieren, statt unverbindliche und nebulöse Erklärungen abzugeben, sollte die CSU-Staatsregierung endlich konkrete politische Schritte unternehmen, um die akute Beschäftigungskrise der Oberpfälzer Stahlwerke zu überwinden. Nachdem jetzt bekanntgeworden ist, daß zusätzlich zum Abbau von 800 Arbeitsplätzen im Kaltwalzwerk Haidhof bis Ende dieses Jahres weitere 840 Arbeiter und Angestellte in der Maxhütte entlassen werden sollen, ist der Freistaat gefordert.

Der Fortbestand der Maxhütte - derzeit knapp 6.000 Beschäftigte -, der für die Arbeitnehmer in der Oberpfalz elementare Bedeutung hat (derzeit höchste Arbeitslosigkeitsquote Bayerns im Landkreis Schwandorf) muß durch die Wirtschaftspolitik des Freistaates garantiert werden. „Wenn es keine Staatsbeteiligung gibt, ist die Maxhütte nicht haltbar“, hatte auch der Ministerpräsident des Saarlandes, Oskar Lafontaine, dem Schwandorfer SPD-Landtagsabgeordneten Dietmar Zierer kürzlich bei einem Besuch in der Oberpfalz erklärt.

Doch im Gegensatz zum SPD-regierten Saarland strebt die CSU-Staatsregierung keine saarstahl-identische Lösung an. Das Land Bayern, wie ein vom 8. August datierter Brief von Ministerpräsident Strauß an den Bürgermeister der Stadt Sulzbach-Rosenberg beweist, versucht sich in der Maxhütte aus der politischen Verantwortung zu stehlen und erwartet ständig, daß die Bundesregierung aktiv wird. Ich bin der Auffassung, Franz Josef Strauß vernebelt die gesamte Problematik und weckt nur vage Hoffnungen, wenn er in dem Brief schreibt, daß „die Bayerische Staatsregierung die Belange der Maxhütte zur Erhaltung und Sicherung der dortigen Arbeitsplätze weiterhin sehr ernst nimmt“. In keinem Punkt erklärt die CSU-Staatsregierung konkret, welche Hilfen das Land Bayern zu gewähren gedenkt.

Anders als die CSU nimmt die bayerische SPD die Belange der bayerischen Arbeitnehmer ernst und hat ein Konzept zur langfristigen Sicherung der gefährdeten Arbeitsplätze des Stahlkonzerns in der Oberpfalz, um Einfluß auf die katastrophal falschen Unternehmensentscheidungen von Klöckner nehmen zu können. Bekanntlich hat die SPD-Landtagsfraktion kurz vor der Sommerpause ein vier Punkte umfassendes Entschuldigungsprogramm vorgelegt, um die Maxhütte zu retten. Dies hatte die CSU-Mehrheit im Maximilianeum abgeschmettert. „Wie steht es nun um die politische Redlichkeit des bayerischen Ministerpräsidenten, wenn er jetzt betont, er nehme die Erhaltung und Sicherung der Arbeitsplätze in der Maxhütte ernst? Ist dies nur eine Wahlkampfshow?“
(-/12.9.1986/vo-he/rs)

* * *

